

DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG
GZ 10 072/892-1.1/84

II-1087 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Information des Bundesministers
für Landesverteidigung über den
"Zeitsoldaten";

Anfrage der Abgeordneten Dr. ERMACORA
und Genossen an den Bundesminister
für Landesverteidigung, Nr. 426/J

418 IAB

1984 -03- 12

zu 426 J

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. ERMACORA, KRAFT und Genossen am 25. Jänner 1984 an mich gerichteten Anfrage Nr. 426/J, betreffend eine Information des Bundesministers für Landesverteidigung über den "Zeitsoldaten", beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

In der Einleitung zur gegenständlichen Anfrage äußern die Anfragsteller u.a. die Befürchtung, die Einstellung des Bundesministers für Landesverteidigung "gegenüber dem Gesetzgebungsmonopol des Parlaments, der gesetzlich gewährleisteten Rechte der parlamentarischen Opposition und der verfassungsrechtlichen Institution von gesetzgebenden Körperschaften schlechthin", könnte "demokratiepolitisch außerordentlich bedenklich" sein; ohne hierauf näher einzugehen möchte ich eingangs feststellen, daß mir offizielle Klarstellungen im Falle divergierender Berichterstattungen im Zusammenhang mit der parlamentarischen Behandlung von Regierungsvorlagen als den demokratischen Gepflogenheiten durchaus entsprechend bzw. im Interesse des betroffenen Personenkreises geradezu geboten erscheinen.

Im einzelnen beantworte ich die gegenständliche Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Derartige Versuche, das Projekt "Zeitsoldat" in falschem Lichte darzustellen, erfolgten - wie auch dem Beilagenkonvolut zu entnehmen ist - vor allem seitens der kommunistischen Presse bzw. durch Presseaussendungen bzw. sonstige Erklärungen verschiedener Organisationen, wie der "Vereinigung Demokratischer Soldaten" oder der "Friedensinitiative Graz".

Zu 2:

Diese falschen Informationen beinhalten sowohl die Behauptung, daß die Einführung des "Zeitsoldaten" eine Schwächung des Milizgedankens darstelle, als auch Aussagen, wonach der "Zeitsoldat" schlecht bezahlt, sozial ungesichert etc. sei.

Zu 3:

Da im Zeitraum der Gesetzesbearbeitung nur wenig Informationsfluß von der Zentralleitung an das Kaderpersonal möglich war, lag die Unsicherheit vor allem in der Diskrepanz der widersprüchlichen Aussagen zwischen Zentrale und manchen Medien.

Zu 4:

Diesbezüglich verweise ich auf das Beilagenkonvolut.

8 . März 1984



Beilagen

BEILAGE zu GZ 10072/8PR - 1.1/84
Abteilung Presse- und Informationsdienst
Auszug... VOLKSSTIMME
..... 13. November 1983

/// „Zeitsoldaten“: Protest der Grazer Friedensinitiative

Forderung der Friedensdemonstration ignoriert

GRAZ. Gegen die Beschlußfassung des „Zeitsoldatengesetzes“, das am 10. November einstimmig vom Nationalrat beschlossen worden ist, protestiert die Friedensinitiative Graz.

In einer Presseaussendung erklärt die Initiative, daß die Verhinderung des Projekts „Soldaten auf Zeit“ eine der Forderungen an die Bundesregierung bei der großen Demonstration am 22. Oktober in Wien gewesen sei. Mit der Beschlußfassung habe der Nationalrat diese Forderung der Friedensbewegung jedoch total ignoriert.

Der Vorwand der beruflichen Aus-

bildung verdecke die starke militärische Komponente der sogenannten Zeitsoldaten. Auf Grund der Äußerungen, die dazu bei der Parlamentsdebatte gemacht worden seien, tauche der Verdacht auf, aus der angestrebten Milizkonzeption des Bundesheeres wieder ein mobiles, zentral gelenktes Berufsheer schaffen zu wollen. Anstelle mit den „Zeitsoldaten“ Arbeitsplätze für Jugendliche zu schaffen, sollte der Nationalrat konkrete und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschließen, heißt es abschließend in der Mitteilung der Friedensinitiative Graz.

5
11 7415

Abteilung Presse- und Informationsdienst

Auszug...VOLKSSTIMME.....

..... 11. November 1983

Zeitsoldaten: „Stärkung der militärischen Landesverteidigung“

Nationalrat beschloß bedenkliche Regelung

WIEN. Das Zeitsoldaten-Gesetz wurde am Donnerstag im Parlament beschlossen. Auch die VP befürwortete dieses Gesetz, weil es eine „Stärkung der militärischen Landesverteidigung“ bringe, zu der sich die VP immer bekannt habe (Ermacora).

Das Gesetz sieht vor, daß der Präsenzdiener den freiwillig verlängerten Grundwehrdienst auf Jahre hinaus ausdehnen kann und dafür als „Gegenleistung“ eine Berufsausbildung erhält. Gerechnet wird — laut Regierungsvorlage — für 1984 mit einem Mehraufwand im Umfang von 200 Millionen Schilling. Die FP nimmt an, daß bis Ende Jänner etwa 4400 freiwillig verlängerte Grundwehrdiener auf den Dienst als Zeitsoldaten umsteigen werden, und daß im kommenden Jahr rund 1500 „echte Neuaufnahmen“ kommen würden.

Das Gesetz ist rundherum bedenklich. Seinerzeit war es unter anderem als Mittel zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit propagiert worden — genau das kann es aber auf Grund der Dimensionen, die angenommen werden, schon von vornherein nicht sein. Zweitens bringt es den Nachteil einer Militarisierung der Ausbildung mit sich. Würde man die aufgewandten vor-

aussichtlichen 200 Millionen in Lehrwerkstätten investieren, dann könnte eine jedenfalls den zivilen Erfordernissen näherliegende Ausbildung erreicht werden.

Außerdem dient das Gesetz der Auffüllung des Bundesheeres mit Kaderpersonal. Das bisherige freiwillige System brachte der Bereitschaftstruppe zuwenig Offizierspersonal, dem soll jetzt auf diesem Weg abgeholfen werden — im Zweifelsfall ist offensichtlich für die Kaderschmiede immer noch mehr Geld übrig als für das Milizsystem.

Schlecht ist schließlich auch die Bezahlung der Zeitsoldaten. Und der im Gesetz versprochene Anspruch auf „bevorzugte Übernahme“ in den öffentlichen Dienst beweist noch lange nicht, daß der „Zeitsoldat“ abgesichert wäre. Oder toll schließlich — dank Dienstpostenstopp und ähnlichen Bestrebungen — das Bundesheer der einzige Weg in den Beamtenstand werden?

Die KJO lehnt dieses Gesetz entschieden ab.

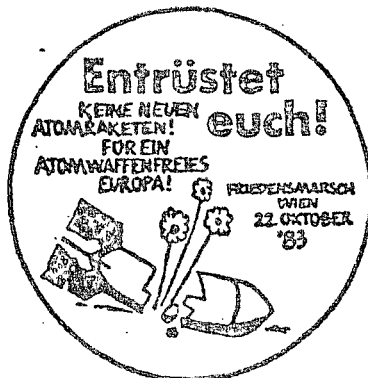
I 121

I 142

Abteilung Presse- und Informationsdienst

Auszug... *Volkstimmung* *21. Oktober 1983*

Morgen Demo!



WIEN. Um den „Weg der Vernunft“ zu forcieren, unterstützen die SPÖ-Abgeordneten Günther Dietrich, Josef Cap, Edith Dobesberger, Brigitte Ederer, Heinz Gärtner, Albrecht Konecny, Peter Keppelmüller, Ernst Nedwed und Walter Renner — laut einer gemeinsamen Presseerklärung — den Aufruf zum Friedensmarsch am 22. Oktober.

Ein eigenes Kontingent wollen die „Burgenländer gemeinsam für den Frieden“ stellen. Der burgenländischen Friedensinitiative gehören mittlerweile 14 politische, konfessionelle und kulturelle Organisationen an.

Für die Kommunistische Jugend ist es besonders wichtig, daß Lehrlinge an der Friedensdemonstration teilnehmen. Sie macht darauf aufmerksam, daß die Rüstungsausgaben auf Kosten der Sozialausgaben getätigt werden. Die Rüstung ist sicher einer der Gründe dafür, daß in der EG jeder fünfte Jugendliche arbeitslos ist. Auch in Österreich gibt es Geld für Zeltsoldaten und sündteure Radarsysteme. Für dringend notwendige Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit fehlen aber oft die Mittel.

Übrigens: Auch wenn's regnet, findet der Sternmarsch statt. Davongeschwommen ist eh noch keiner, wenn er in Wien demonstriert hat.

Kapfen

Aus der Presse Salzburger Tagblatt

Jahrgang, Nummer
Seite 2 vom 25.10.83

Weiter Kritik an Zeitsoldat-Projekt

WIEN (Tagblatt). Die Vereinigung Demokratischer Soldaten (VDS) weist im Zusammenhang mit dem Einbau der Zeitsoldaten in das System der Präsenzdienstartern darauf hin, daß nach der bisherigen Lösung die überwiegende Anzahl der Zeitsoldaten in Kader und Bereitschaftstruppe eingegliedert und nur ein geringer Prozentsatz den Landwehrstammregimenten zugeordnet werden soll. Dies würde zu einer weiteren Schwächung der Miliz führen. Außerdem seien die Möglichkeiten der Interessenvertretung für Zeitsoldaten durch Soldatenvertreter vollkommen unzureichend und im Vergleich zu den bisherigen zeitverpflichteten Soldaten ein Rückschritt.

I/17

Abteilung Presse- und Informationsdienst
 Auszug... Volksstimme.....
 30. Sept...... 1983.....

Frischenschlager feiert Zeitsoldaten

Sie sind billig und haben fast keine Rechte – Milizheer wird abgewertet

WIEN. Über den grünen Klee lobte gestern bei einer Pressekonferenz Heeresminister Frischenschlager das Vorhaben, das Bundesheer mit etwa 3500 finanziell und sozial äußerst schlecht gestellten Zeitsoldaten aufzustocken. Der Minister leugnete, daß durch diese Maßnahme ein weiterer Schritt gegen das Milizheer gesetzt wird. Konkrete Zahlen wollte er allerdings bemerkenswerterweise nicht nennen. Frischenschlager servierte nur allgemeine Formulierungen wie das Versprechen, „das Gros“ der neuen Zeitsoldaten werde für das Milizheer eingesetzt. De facto bedeutet die zusätzliche Aufnahme tausender Zeit-

soldaten natürlich die Stärkung der Funktion des Bundesheeres als potentieller Bürgerkriegsarmee.

Der Heeresminister freute sich besonders darüber, daß die Zeitsoldaten „nicht verbeamtet“ seien und damit alle Probleme mit Überstunden wegfallen. Auch müsse er nicht mehr jedes Jahr bei den Budgetverhandlungen um diese Planposten streiten. Das Vorhaben verursacht nach offiziellen Schätzungen Mehrkosten in der Höhe von hundert bis zweihundert Millionen Schilling. Frischenschlager: Kaderpersonal nach dem alten Muster hätte beträchtlich mehr gekostet.

Durch verschiedene Journalistenhinweise etwas in die Enge getrieben — so haben Zeitsoldaten nicht einmal freie Arztwahl und müssen, auch wenn sie Familienväter sind, jeden Krankenstand im Krankenrevier der Kaserne verbringen —, meinte der Minister schließlich kurz angebunden: Niemand zwingt junge Leute, Zeitsoldaten zu werden... Dabei weiß Frischenschlager zweifellos, daß von der Arbeitslosigkeit bedrohte junge Männer keineswegs besonders freiwillig den „Beruf“ eines Zeitsoldaten wählen. Der Minister bestätigte übrigens gestern ausdrücklich, daß die Zeitsoldaten nicht einmal Personalvertreter wählen dürfen. Man überlege die Schaffung eigener Soldatenvertreter; die Zeitsoldaten sollen also faktisch genauso wenig Rechte wie die Präsenzdiener haben.

Der Heeresminister bekannte sich zur geplanten Angelobung von Jungmännern im ehemaligen KZ Mauthausen, er verteidigte aber gleichzeitig die Teilnahme des Bundesheeres bei einer Feier der 9. Panzerdivision der Hitler-Armee in Badgastein. Er nahm gegen die Friedensdemonstration am 22. Oktober Stellung, weil diese „bundesheerfeindlich“ sei. Eine Empfehlung an die Kommandanten, daß an diesem Tag Soldaten für den Friedensmarsch

freigegeben werden soll, kann er sich nicht vorstellen. In Uniform sei die Teilnahme prinzipiell verboten. (Siehe dazu auch unseren Leitartikel auf Seite 2.)

111
 1/1
 1/15 ed.

„Statt Zeitsoldat mehr Jugend-Arbeitsplätze“

GRAZ (APA). Gegen die einstimmige Beschlussfassung des „Zeitsoldatengesetzes“ am 10. November im Nationalrat protestierte gestern die Friedensinitiative Graz. In einer Presseaussendung erklärt die Initiative, daß die Verhinderung des Projektes „Soldaten auf Zeit“ eine der Forderungen an die Bundesregierung bei der großen Demonstration am 22. Oktober d. J. in Wien gewesen sei. Mit der Beschlussfassung habe der Nationalrat diese Forderung der Friedensbewegung jedoch total ignoriert. Der Vorwand der beruflichen Ausbildung verdecke die starke militärische Komponente der sogenannten Zeitsoldaten. Aufgrund der Äußerungen, die dazu bei der Parlamentsdebatte gemacht worden seien, tauche der Verdacht auf, aus der angestrebten Milizkonzeption des Bundesheeres wieder ein mobiles, zentral gelenktes Bundesheer schaffen zu wollen. Anstelle mit den „Zeitsoldaten“ Arbeitsplätze für Jugendliche zu schaffen, sollte der Nationalrat konkrete und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschließen.

2/17

1/7

13. 11. 83

5<2